

Die Saar-Ausländerbehörde bricht jetzt ins Digitalzeitalter auf

Weg vom Papier hin zur E-Akte - die zentrale Ausländerbehörde beginnt mit der Digitalisierung. Der Landesflüchtlingsrat begrüßt die Pläne, sieht aber weitere Baustellen.

VON NINA ZAPF-SCHRAMM

LEBACH Die zentrale Ausländerbehörde Lebach hat für März angekündigt, mit der Digitalisierung zu starten. Die Papierordner sollen ins moderne Zeitalter überführt und neue Fälle nach einer Testphase gleich als E-Akte angelegt werden. Das soll dem saarländischen Innenministerium zufolge die „Grundlage für schnellere Verfahren“ und „neue Standorte“ schaffen. Aktuell ist die zentrale Ausländerbehörde in Lebach die einzige Anlaufstelle für alle Ausländer im Saarland. Die 2021 geschlossene Außenstelle in Saarbrücken ergebe erst wieder Sinn, wenn die Digitalisierung abgeschlossen sei, hieß es bislang, da sonst die Akten zwischen Saarbrücken und Lebach hin- und hergefahren werden müssten.

Der Saarländische Flüchtlingsrat begrüßt das Vorhaben, wenn es auch „etwas verspätet“ komme, wie Peter Nobert, Jurist und Vorstand des Vereins, der SZ sagte. In Berlin sei die Ausländerbehörde längst digitalisiert, sagt er. Fordere er dort als Anwalt online eine Akte an, könne er sie bereits am nächsten Tag im elektronischen Posteingang einsehen. Auch im Saarland erhofft er sich durch Digitalisierung schnellere Akteneinsicht. In Lebach habe man früher noch am Schreibtisch des Sachbearbeiters die Akte einsehen müssen. Verschicken der Papierschwarten sei möglich, das Kopieren aber umständlich. Inzwischen verschicke er seine Anträge



NOCH ARBEITET DIE AUSLÄNDERBEHÖRDE MIT AKTENORDNERN. DAS SOLL SICH JETZT ÄNDERN. SYMBOLFOTO: ARNE DEDERT/DPA

zwar elektronisch. Dann würden sie in Lebach ausgedruckt und fänden nicht immer den Weg in die Akte, was seine Arbeit erschwere.

Bislang ist die Arbeit der Behörde komplett papierbasiert. Ende 2024 sprach die Behörde von 230 000 Aktenbänden mit je bis zu 210 Seiten zu rund 163 000 Ausländern. Inzwischen dürften es mehr sein. Es geht etwa um Duldungen, Visa, Arbeitsgenehmigungen oder Krankenversicherungsnachweise. Zuständig ist die Behörde für alle Ausländer, also für Asylsuchende aus Syrien, Afghanistan oder Irak genauso wie für Fachkräfte oder Studenten aus Indien, den USA oder China, die ins Saarland kommen.

Nobert kritisiert die langen Bearbeitungszeiten. „Jede Akte, auch wenn sie digital ist, muss noch von Sachbearbeitern bearbeitet werden.“

Aktuell sei sein Eindruck, dass die einzelnen Mitarbeiter sehr viel zu tun hätten. Er schicke Anträge, es passiere monatelang nichts, dann müsse er aktualisierte Unterlagen hinschicken. Zwar würden durch die elektronische Bearbeitung Kapazitäten der Mitarbeiter frei. Ob das Bearbeitungszeiten verkürzt, ist für Nobert unklar. „Aktuell verbringe ich jedenfalls einen großen Teil meiner Zeit damit, zu erinnern, zu bitten, zu ermahnen.“

Er sieht weitere Möglichkeiten für Bürokratieabbau. So müsse man für eine Beschäftigungserlaubnis aktuell einen Antrag für eine bestimmte Arbeit stellen, erläutert Nobert. „Dann muss die Ausländerbehörde die Erlaubnis der Bundesbehörde einholen. Das dauert alles ewig“, sagt der Anwalt. „Und wenn man den Arbeitgeber wechselt, fängt das Ganze von Neuem an.“ Zwar arbeite Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) an einem Plan, der es Asylbewerbern ermöglichen soll, schneller arbeiten zu dürfen. Ob sich am grundsätzlichen Genehmigungsprozess jedoch etwas ändere, sei unklar. Digital ginge das Verfahren schneller, „aber allein, dass es dieses Prozedere für eine Beschäftigungserlaubnis braucht, ist unerfreulich.“

Auch Gertrud Selzer, Mitglied des Vorstands der Aktion 3. Welt Saar findet: „Alles in allem bin ich der Auffassung, dass sich im Bereich der Ausländerbehörde viel Bürokratie abbauen lässt – zugunsten der Geflüchteten und zugunsten der Steuerzahler.“